2006, Ausgabe Nr. 1

26.01.2006

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

GRÜNE setzen sich für S9-Ausbau ein

Ganze 1.163 mal fielen im allein im Zeitraum von Januar bis November des letzten Jahres Fahrten der S-Bahn 9 vergangenen Jahr aus. Die Verspätungen auf der Strecke hängen auch mit der fehlenden zweigleisigen Ausbau zwischen Bottrop und Essen-Dellwig zusammen. Über den Bedarf dieses Ausbaus entscheidet der Regionalrat am 31. Januar!

→ **mehr hierzu im Netz**

Die schlechten Nachrichten für Gladbecker Bahnkunden häufen sich. Denn laut Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beabsichtigt die schwarz-gelbe Landesregierung wichtige Schienenausbauprojekte aus der Bedarfsplanung zu streichen.

In einem Schreiben an Bürgermeister Roland weist die grüne Ratsfraktion darauf hin, dass im aktuell vorliegenden Integrierten Gesamtverkehrswegeplan NRW (IGVP) für die Beseitigung des Engpasses zwischen Bottrop Hbf. und Essen-Dellwig Ost kein Bedarf mehr gesehen werde. Bei Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzendem der Grünen in Gladbeck, stößt dies auf absolutes Unverständnis: „Jeder, der regelmäßig mit der Bahn nach Essen pendelt, weiß, dass ein zweispuriger Ausbau des Streckenabschnittes schon lange überfällig ist“. Da auf dem etwa 3 km langen Stück zwischen Bottrop und Essen eine Begegnung von Zügen nicht möglich ist, sind die S-Bahn- und Regional-Express-Verbindungen äußerst störungsanfällig. „Es gibt kaum einen Pendler, der nicht schonmal auf freier Strecke in Bottrop oder Essen gestanden hat und sich fragte, warum es nicht weiter geht“.

Die Beseitigung des Kapazitätsengpasses ist daher nicht nur für einen fahrplansicheren Betrieb der S9 und der RE14 zwingend erforderlich, er ist auch die Voraussetzung für zukünftige Angebotsausweitungen. So hat sich bereits vor Jahren der Kreistag mit einer Empfehlung des damaligen Kommunalverbands Ruhrgebiet beschäftigt, die Gütertrasse Hamm-Osterfeld für den Personenverkehr zu aktivieren. Damit könnte eine Schienenverbindung von Essen über Bottrop, Gladbeck, Gelsenkirchen-Buer, Herten bis nach Recklinghausen hergestellt werden, die die Reisezeiten zwischen den Zielen zum Teil halbieren würde. „Solange schon nicht unsere Bahnhöfe aufgewertet werden, würde doch zumindest unser Schienenangebot deutlich verbessert“, so Herrmann. Aber nachdem man der Stadt Gladbeck bereits bei Bahnhofsausbau eine ordentliche Backpfeiffe verpasste, erwarte man wohl nach christlichen Grundsätzen, dass die Stadt nun mit dem Netzangebot noch ihre andere Wange hinhalte.

Als völlig indiskutabel bewerten die Grünen den Vorschlag der schwarz-gelben Landesregierung. Dies sieht im übrigen auch die Bezirksregierung Münster so, die in ihrer Vorlage für den Regionalrat, der sich kommende Woche in einer Sondersitzung mit dem IGVP beschäftigt, deutliche Worte für den Vorschlag der Landesregierung findet. "Aus Sicht der Bezirksregierung Münster stellt dieses Vorgehen eine deutliche Benachteiligung der hiesigen Regionen (Münsterland, aber auch Emscher-Lippe-Raum) gegenüber anderen Landesteilen dar", heißt es dort. Die GRÜNEN fordern daher: „Der Schienenausbau in Essen-Dellwig gehört in den Bedarfsplan!“.

GRÜNE laden ins „Cafe Zukunft“

Informationsabend: Weg vom Öl!

Wann versiegen unsere Gas– und Öl-Reserven

Landtagsabgeordneter und Energieexperte Reiner Priggen ist Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Zukunft der Energieversorgung

Unter dem Titel „Cafe Zukunft“ starten die Grünen mit einer Vortrags- und Diskussionsreihe in das neue Jahr. Die Premiere am 7. Februar wird sich dem Thema Energie widmen und die Frage erörtern, wann die Öl- und Gas-Reserven versiegen.

Das Thema ist von aktueller Brisanz, denn während sich die Ukraine und Georgien mit Russland über Gaslieferungen streiten, wird in Deutschland - angefeuert von Politikern der Union - wieder einmal über den Ausstieg aus dem Atomausstieg debattiert.

Die Öl- und Gaspreise befinden sich mittlerweile auf einem historischen Höchststand. Verbraucherinnen und Verbraucher, öffentliche Einrichtungen und die Wirtschaft sind erheblich belastet, weil Ausweichmöglichkeiten noch immer weitgehend fehlen. Ursache hierfür ist u. a., dass die weltweite Nachfrage nach Öl und Gas stark zugenommen hat, insbesondere in Ländern wie China und Indien. Außerdem führen Naturkatastrophen wie die Wirbelstürme Katrina und Wilma, Kriege wie im Irak und politische Krisen zu starken Verunsicherungen der Märkte und zu Preissteigerungen.

Dieser Entwicklung steht die Endlichkeit der Öl- und Gasvorkommen gegenüber. Die Erdölreserven werden bei tendenziell noch steigender Nachfrage auf maximal 50 Jahre geschätzt. Steigende Nachfrage und absehbare Angebotsverknappung lassen weitere drastischere Preissteigerungen und zunehmende Verteilungskämpfe erwarten.

Die Grünen haben sich immer schon dafür eingesetzt, den Bereich der Erneuerbaren Energien weiter auszubauen (z. B. EEG) und das Potenzial der Energieeinsparung und Energieeffizienz zu fördern. Diese Aktivitäten reichen jedoch bei Weitem nicht aus.

Welche weiteren Einsparpotenziale möglich sind, wie die Energien effizienter genutzt werden können und welche Alternativen zu Öl und Gas zur Zeit zur Verfügung stehen, darüber wird der Landtagsabgeordnete und Energieexperte Reiner Priggen im „Cafe Zukunft“ informieren. Priggen ist Vorsitzender der Enquete-Kommission des Landtages, die die Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW untersucht. Die kostenlose Veranstaltung beginnt um 20:00 Uhr im Lesecafe der Stadtbücherei.

CAFE ZUKUNFT

Dienstag, 7. Februar

20:00 Uhr

Lesecafe

Stadtbücherei

Die Enquete-Kommission

Die neue Enquete-Kommission "Auswirkungen steigender Öl- und Gaspreise auf Wirtschaft und VerbraucherInnen in NRW" hat am 20. Januar 2006 in ihrer konstituierenden Sitzung den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und energiepolitischen Sprecher der Grünen Landtagsfraktion **Reiner Priggen MdL** zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Dazu erklärt **Sylvia Löhrmann MdL**, Fraktionsvorsitzende:

"Wir gratulieren der Enquete-Kommission zu ihrem kompetenten Vorsitzenden und Reiner Priggen zu seiner neuen herausfordernden Aufgabe. Wir freuen uns besonders, dass diese zukunftsweisende Kommission auf Antrag der Grünen eine fraktionsübergreifende Mehrheit gefunden hat. Wir sind uns sicher, dass sie frei von ideologischen Schranken die Auswirkungen dramatisch steigender Öl- und Gaspreise auf die Wirtschaft und die Haushalte in NRW untersuchen wird. Das Ziel ist, Vorschläge zu entwickeln, die die Belastung durch die steigenden Energiepreise und die Risiken für die Arbeitsplätze minimieren."

→ Antrag zur Bildung der Enquete-Kommission

„Ausgerechnet Karwig!“

Zum Leserbrief von Heinz Karwig, in dem der Gewerkschaftsfunktionär den Fraktionen Kungelei unterstellt, äußert sich der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Mario Herrmann, wie folgt:

„Da hat sich ja wohl der Bock selbst zum Gärtner gemacht. Obergewerkschafter und Obersozi Heinz Karwig gehört sicherlich nicht zu den Instanzen in unserer Stadt, die es sich erlauben könnten, anderen Kungelei und schlechte moralische Gesinnung vorzuwerfen. Als einer der Protagonisten beim einstigen SPD-Abhörskandal, als führende Genossen Telefonate mit ihrem eigenen Parteichef zwecks Entmachtung desselben heimlich mitgeschnitten hatten, sollte er tunlichst kleinlaut sein.

Natürlich würden Herr Karwig, die örtlichen DKP-Kommunisten, PDS, WSAG, SWG - und was es da noch an Grüppchen gibt – jetzt gern wochenlang jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf treiben um aufzudecken, wie verkommen und asozial doch diese anderen Parteien sind. Fakt ist jedoch: Die städtischen Finanzen sind nicht angespannt, sie sind am Ende.

Wenn angesichts dieser Situation verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker den Wunsch haben, in sachlicher Atmosphäre mit Unterstützung der Verwaltung über alle denkbaren Sparpotenziale zunächst intern zu diskutieren, ist dies genau richtig. Ich wünsche mir, dass der Rat am Ende nur mit Vorschlägen in die Öffentlichkeit tritt, die ein wirkliches Einsparpotenzial entfalten, sozialverträglich sind und dann auch umgesetzt werden. Wenn dies gelänge, wäre es ein wirklicher Nutzen für die Stadt!“

→ Infos zur Abhöraffäre

Längst fehlt selbst das Kleingeld! „Die städtischen Finanzen sind nicht angespannt, sie sind am Ende.“

Kritik am CDU / FDP - Schulgesetz

[Düsseldorf, 24.01.] **Anlässlich der Zustimmung des Kabinetts zum Gesetzentwurf zur Schulgesetznovelle erklärt Sigrid Beer MdL, bildungspolitische Sprecherin:**

"Ministerpräsident Rüttgers und Schulministerin Sommer sind offensichtlich beratungsresistent und wollen mit dem Kopf durch die Wand. Äußerungen über Diskussionsbereitschaft bleiben Lippenbekenntnisse. Trotz der von allen Seiten vorgebrachten massiven Kritik hält die Landesregierung stur und uneinsichtig an ihren Eckpunkten fest.

So ist z. B. die verbindliche Grundschulempfehlung durch die Lehrkräfte ein untaugliches Instrument. Mehr als 80 Prozent der SchulformabsteigerInnen hatten eine solche Empfehlung in der Tasche. Den Eltern die Schulformwahl aus der Hand zu nehmen, ist vor diesem Hintergrund mehr als dreist. Der soziokulturelle Hintergrund wird noch wichtiger als bisher, um einen Gymnasialplatz zu ergattern. Da hilft auch die Beruhigungspille Nr. 1 nicht, dann das Sitzenbleiben reduzieren zu wollen. Es bleibt dabei: Lebenskarrieren von Kindern werden bereits im Grundschulalter zementiert. Beruhigungspille Nr. 2 ist ebenfalls ein Fall für die Abteilung 'Bürgertäuschung'. Lehrkräfte wissen sehr genau, dass sie für einen guten Unterricht Zugpferde und Leistungsträgerlnnen in der Klasse brauchen. Sie wollen nicht nur noch mit einer 'Restgruppe' arbeiten, die Durchlässigkeit wird sich nicht erhöhen.

Es hilft nur eines: Die Schule muss sich grundlegend ändern und die gemeinsame Lernzeit verlängern. Die Übergangsentscheidung muss überflüssig und benachteiligende Bildungsgänge müssen abgebaut werden.

Ein neues Konfliktfeld neben den Grundschulbezirken macht die Landesregierung in Sachen Lernmittelfreiheit mit den Eltern und den Kommunen auf. Bei der politisch richtigen Finanzierung der Lernmittel für Kinder von Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen droht sich das Land aus der Verantwortung zu ziehen.

Das 'Durchregieren' von Rüttgers und Sommer in der Bildungspolitik ist verantwortungslos, schadet den Schülerinnen und Schülern und stößt Experten und Expertinnen massiv permanent vor den Kopf."

Sprache geht anders

Zur Debatte um eine Deutsch-Pflicht auf Schulhöfen erklärt **Monika Düker MdL**, migrationspolitische Sprecherin:

„Schulen regeln diese Fragen in eigener Verantwortung in Absprache mit Eltern, Schülerinnen und Schülern. Der Minister hat andere Hausaufgaben zu machen.

Er sollte sich besser darum kümmern, die flächendeckende systematische Förderung der Zweisprachigkeit in Kindergarten und Schule durch- und umzusetzen.

Nur so schaffen wir bessere Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund. Das heißt, alle Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer müssen auch dafür qualifiziert werden, Kinder beim Erwerb von Deutsch als Zweitsprache zu unterstützen. Unser Bildungssystem ist nach wie vor nicht ausreichend darauf vorbereitet, dass in absehbarer Zeit die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler in den Städten NRWs einen Migrationshintergrund haben.

Wer sich an Maßnahmen wie einem Deutschkurs vor der Einschulung und Deutsch-Pflicht auf dem Pausenhof aufhält, verkennt die wirklichen Herausforderungen unserer Einwanderungsgesellschaft.“

„Trotz der von allen Seiten vorgebrachten Kritik hält die schwarz-gelbe Landesregierung stur und uneinsichtig an den Eckpunkten ihres Schulgesetzes fest.“

Observationszone Schulhof?

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

GRÜNE: NRW gentechnikfrei!

[Düsseldorf, 26.01.] **Zum Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Münsterland erklärt Johannes Remmel MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und umweltpolitischer Sprecher:**

„Die Menschen wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Gentechnik dient ausschließlich den Interessen einiger weniger internationaler Konzerne. Sie schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern gefährden im Gegenteil über 150.000 Arbeitsplätze im Ökolandbau. Das zeigt das Beispiel des Babynahrungsmittelherstellers Hipp, der Deutschland verlassen will, wenn die Gefahr besteht, dass hier seine Produkte durch gentechnisch verändertes Material verunreinigt werden.

Um genau das zu vermeiden, hat die rot-grüne Bundesregierung das Haftungsprinzip des Bürgerlichen Gesetzbuchs in das Gentechnikrecht aufgenommen. Das will NRW-Agrarminister Uhlenberg ändern und redet von Koexistenz zwischen Gentechnik und gentechnikfreier Landwirtschaft. Doch die kann es nicht geben, wenn gentechnisch verändertes Material sich durch Pollenflug u. ä. unkontrolliert verbreiten kann, ohne dass der Gentechnik-Anbau dafür haften muss. Wir erwarten von Uhlenberg, dass er dafür sorgt, dass die Menschen auch in Zukunft 100%-gentechnikfreie Nahrungsmittel bekommen. Dazu gehört vor allem, dass er das geltende Gentechnikrecht in NRW im Sinne der VerbraucherInnen, aber auch der Mehrheit der LandwirtInnen konsequent durchsetzt, statt den Interessen von Konzernen zu dienen.
Wir brauchen ein gesellschaftliches Bündnis gegen Gentechnik wie in der Schweiz, wo per Volksabstimmung Gentechnik in der Landwirtschaft verboten ist. Andernfalls werden wir von Konzernen wie Monsanto mit Unterstützung der Regierungen in Berlin und Düsseldorf bald zwangsbeglückt, obwohl die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland Gentechnik ablehnt.“